

- offener Brief -

Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Herrn Matthias Platzeck
Staatskanzlei
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

schu/be

Von der Politik im Stich gelassen!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen 2009 stellt sich für viele Kolleginnen und Kollegen in der Polizei die Frage, was uns in den letzten Jahren die Große Koalition in Brandenburg gebracht hat.

Das Fazit ist in der Überschrift auf den Punkt gebracht.

Erfolge der Großen Koalition im Bereich der Polizei:

- 1. Von 2002 bis 2012 wurden 1.766 Stellen in der Brandenburger Polizei gestrichen (davon 390 Kripo-Stellen im Rahmen der Evaluierung der Kriminalpolizei)**

Dieser Stellenabbau hat zur Folge, dass die Brandenburger Polizeistruktur wiederholt „reformiert“ wurde. Eine nächste Reform steht unmittelbar ins Haus. Dies hat katastrophale Auswirkungen auf die Innere Sicherheit und schafft permanent Verunsicherung unter den Polizeibeschäftigten.

- 2. Die Polizeiwachen Potsdam-Nord, Jüterbog, die Citywache Cottbus und die Polizeiwache Beeskow wurden bereits geschlossen, die Schließung der Polizeiwachen Zossen und Nauen ist bereits durch den Innenminister verfügt.**

Mittelfristig müssen weitere ca. 20 Wachen aufgrund von Personalmangel geschlossen werden.

- 3. Der Krankenstand ist so hoch wie nie**

Seit statistischer Erfassung des Krankenstandes in der Brandenburger Polizei ist dieser so hoch wie noch nie. Im Durchschnitt liegt er bei über 30 Kalendertagen pro Jahr und Kollegen.

Das hat Ursachen! Der Altersdurchschnitt ist extrem hoch (44 Jahre im Polizeivollzug, 49 Jahre in der Polizeiverwaltung). Die Arbeitsbelastung steigt ständig durch den bereits aufgeführten Stellenabbau. Die Forcierung von Zielvorgaben, die sich mehr an den finanziellen Einnahmen statt an dem allgemeinen polizeilichen Lagebild orientieren, erhöht den Arbeitsdruck zusätzlich. Im Ergebnis ist u. a. im letzten Jahr die Aufklärungsquote um sage und schreibe 5,5 % gesunken.

4. Zahlreiche Projekte in der Polizei belasten unsere Arbeit zusätzlich

Die Spitze des Innenministeriums strebt eine höchstmodern ausgestattete und innovativ arbeitende Polizei an. Hiefür werden – ungeachtet der knapp bemessenen Ressourcen – zahlreiche Projekte ins Leben gerufen. Diese wiederum binden im erheblichen Maße Personal und finanzielle Mittel. Wir fordern, dass mit diesem Projekt(un)wesen Schluss gemacht wird. D.h., dass jedes aktuell laufende und geplante Projekt **kritisch** überprüft werden muss.

Wir benötigen optimale Arbeitsbedingungen statt Tragschrauber!

5. Ungerechtes Beurteilungssystem

Entsprechend einer so genannten Gaußschen-Kurve werden Quotierungen im Bereich der Beurteilungen vorgenommen. Eine reelle Einschätzung der Leistungen der Polizeibeamten findet weder statt noch ist sie gewollt. Das spüren unsere Kolleginnen und Kollegen und fühlen sich ungerecht behandelt.

6. Katastrophale Beförderungssituation

Zurzeit könnten allein in der Brandenburger Polizei 2.500 Kolleginnen und Kollegen befördert werden, weil sie die formalen Voraussetzungen erfüllen. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen füllen eine Funktion aus, die teilweise bis zu 4 Stufen höher dotiert ist als ihre aktuelle Besoldungsgruppe. Während 2009 im Finanzministerium- mit 3000 Beamten - 400 Beförderungen vorgenommen wurden, sind es in der Brandenburger Polizei bei 8.000 Beamten ebenfalls 400 Beförderungen. Leistungsgerechte Bewertung des Berufes sieht anders aus.

7. Manipulation bei der Berechnung des Weihnachtsgeldes der Beamten für 2008

Im Rahmen der Auseinandersetzung der Gewerkschaft der Polizei mit der Landesregierung 2006/2007 zur Bewahrung eines Weihnachtsgeldes für Beamte wurde ein bundesweit für Aufsehen sorgender Kompromiss vereinbart. Er sieht die Zahlung eines Sockel- sowie eines Aufstockungsbetrages vor. Letzterer soll auf Grundlage der mit der Novemberschätzung (Steuerschätzung) erwarteten Steuermehreinnahmen des Landes festgesetzt werden. Das Finanzministerium hat die Steuerschätzung für 2008 –nachweislich- wider besseres Wissen erheblich nach unten korrigiert, so dass nur 168 € gezahlt wurden. Unsere Kolleginnen und Kollegen verlangen mit Nachdruck eine entsprechende Korrektur bzw. Kompensation.

8. Die Besoldung der Polizeibeamten wird immer mehr von der der Freien Wirtschaft abgekoppelt

Die Einkommen in der Brandenburger Industrie (Tarifabschlüsse) erhöhten sich zwischen 2004 und 2009 in der Chemischen Industrie um 14,6 %, in der Eisen- und Stahlindustrie um 14,2 %, in der Energieversorgung um 14,8 % und in der Metallindustrie um 12,7 %. Die Besoldung der Beamten in der Polizei stieg im vergleichbaren Zeitraum **um 3,5 % (2% 2004 und 1,5% 2008)**

In der Landtagssitzung am 13.05.2009 soll eine erneute Abkoppelung der Beamtenbesoldung beschlossen werden. Zahlreiche Bundesländer übernehmen das Ergebnis aus dem Tarifbereich zeit- und inhaltsgleich (Sockelbetrag 40 €). Brandenburg nur wirkungsgleich (Sockelbetrag 20 €). Die Differenz im Rahmen der Besoldungsanpassung 2008 (Andere Bundesländer 2,9%; Brandenburg 1,5%) soll weiterhin außer Betracht bleiben.

Nach Berlin hat Brandenburg den zweitbilligsten Polizisten bundesweit.

9. Die Gewalt gegen Polizeibeamte wächst ständig; selbst bei normalen Einsätzen des täglichen Dienstes

Allein 2008 wurden 379 Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte festgestellt, die insgesamt 558 Straftatsbestände erfüllt haben. An der Spitze stehen dabei Angriffe im Rahmen polizeilicher Handlungen zur Festnahme bzw. Gewahrsamsnahme; aber bereits dicht gefolgt von Angriffen bei ganz einfachen Verkehrskontrollen.

Die Angriffe im Rahmen von Verkehrskontrollen liegen über denen von geschlossenen Einsätzen. Als Tatmittel wurden Hieb- und Stichwaffen, Reizgas oder Kraftfahrzeuge eingesetzt. Es wurden 170 Polizeivollzugsbeamte verletzt.

Bei Zunahme von gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen oder Fußballspielen; schwarzer Block Rechts, schwarzer Block Links; Rocker- und Bandenkriminalität; ständigem Anstieg sozialer Spannungen in der Gesellschaft fühlen wir uns als Polizisten im Stich gelassen.

Das Vertrauen in die Politik und hier konkret in die Brandenburger Politik hat einen Tiefpunkt erreicht.

Ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen fragen unsere Kolleginnen und Kollegen zu Recht, welchen Stellenwert die Innere Sicherheit in Brandenburg und ihre persönliche engagierte Arbeit für die Landesregierung hat?

Wir fragen Sie direkt: Was unternehmen Sie, die geschilderten Zustände durch Ihre konkrete Politik zu ändern?

Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten zu Recht, dass

- **der Stellenabbau in der Brandenburger Polizei endlich gestoppt und**
- **ihre engagierte und auch gefährliche Arbeit angemessen honoriert wird.**

Letzteres haben Sie als Ministerpräsident unseres Landes unmittelbar jetzt in der Hand. Fordern Sie im Rahmen Ihrer Richtlinienkompetenz die Änderung des von Ihrem Kabinett vorgelegten Gesetzentwurfes zur Besoldungsanpassung, dass eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisse sowie ein Ausgleich für die abgesenkte Besoldungsanpassung aus dem Jahr 2008 (statt 2,9 nur 1,5%) erfolgt.

Wir machen mobil – im Auftrag unserer Kolleginnen und Kollegen!

Zeigen Sie unseren Kolleginnen und Kollegen in der Brandenburger Polizei, dass Sie gewillt sind, im Rahmen Ihrer Politik Ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

Andreas Schuster
Landesbezirksvorsitzender